



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 10 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal steckt der BBU-Newsletter voller wichtiger Informationen. Am 30.11. findet in Berlin eine bundesweite Demonstration zum Thema Energiewende statt - der BBU gehört dem Trägerkreis an. Die SEPA-Umstellung wirft ihre Schatten voraus und die gemeinsame Tagung von BBU und DFG-VK über „Atomanlagen + Atomwaffen“ hatte einen erfolgreichen Verlauf. Mehr zu diesen und weiteren Themen in diesem Newsletter!

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch eine schöne Vorweihnachtszeit und immer den notwendigen Mut, auch immer wieder über den eigenen Tellerrand zu blicken.



1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

SEPA kommt, Beitragseinzug bleibt

Liebe BBU-Mitglieder, wie Ihr sicherlich schon gehört oder gelesen habt, wird zum 01.Feb. 2014 der einheitliche EURO-Zahlungsverkehr SEPA eingeführt. Die wichtigste Änderung für alle KontoinhaberInnen ist die neue Kontonummer IBAN. Sie hat 22 Stellen und besteht aus Länderkennung, 2-stelliger Prüfziffer, der bisherigen Bankleitzahl und der bisherigen Kontonummer.

Was ist mit den Beitragszahlungen an den BBU?

Das Wichtigste: Ihr müsst nichts ändern. Eure Daueraufträge bleiben bestehen, die Kontonummern werden automatisch umgestellt. Wenn Ihr uns eine Einzugsermächtigung erteilt habt, gilt diese weiter und wird automatisch auf das sogenannte SEPA-Mandat umgestellt.

Jahresbeitrag 2014

Der Jahresbeitrag 2014 wird erstmals nach dem neuen Verfahren abgebucht. Bei der Abbuchung erscheint auf Eurem Kontoauszug folgender Text: Gläubiger-ID: DE74ZZZ00000129199 sowie

Eure Mandats-Referenz-Nummer (Eure Mitgliedsnummer plus einer fortlaufenden Nummer, die sich bei Kontowechsel ändert, z.B. 3212-01). Weitere Infos gehen Euch mit unserem Jahresschreiben im Dezember zu.

Herzliche Grüße, Christine Ellermann

BBU-Geschäftsführerin

BBU-Vorstandssitzung behandelt Koalitionsverhandlungen, Energiewende, Fracking, Anlagensicherheit und Plastikmüll

Vor dem Hintergrund der aktuellen Koalitionsverhandlungen in Berlin hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) seine Forderungen nach einem ausnahmslosen Fracking-Verbot und nach dem sofortigen Atomausstieg bekräftigt. Bei einem Vorstandstreffen am Wochenende im hessischen Bad Salzschlirf bezeichnete der BBU-Vorstand die zwingend erforderliche und ökologisch ausgerichtete Energiewende als eine der „vordringlichsten Aufgaben zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Existenzgrundlagen. Eine neue Bundesregierung muss diese Aufgabe absolut zielstrebig umsetzen“, so Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Als wichtiges Signal an die Staaten der Welt und an die Energiekonzerne bewertete der BBU-Vorstand den internationalen Aktionstag gegen Fracking, an dem sich am 19. Oktober Bürgerinitiativen in zahlreichen Staaten mit Aktionen gegen Fracking beteiligten. Unter Fracking wird die unkonventionelle Suche nach Erdgas mittels der Verpressung hochgiftiger Chemikalien in den Erdboden verstanden. Auch in der Bundesrepublik hatten in mehreren Bundesländern Aktionen gegen Fracking stattgefunden. <http://www.globalfrackdown.org>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 28.10.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/28.10.13.html>.

Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. unterstützt den BBU

Der "Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V." hat dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) 800,00 Euro gespendet. Zu diesem Zweck erfolgte eine symbolische Scheckübergabe an der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau. Der BBU engagiert sich seit vielen Jahren u. a. für den Atomausstieg, gegen die Urananreicherungsanlage und die damit verbundenen Urantransporte. Das Engagement des BBU wurde jetzt seitens des "Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V." gewürdigt. Der Verein fördert Veranstaltungen, Projekte und Ausstellungen politischer und kultureller Art. Er ist ein Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen Bundestagsabgeordneten und ihren MitarbeiterInnen.

Scheckübergabe vor der UAA (Urananreicherungsanlage) in Gronau. Von links nach rechts: Ursula Weiss, Alfred van Dalen, Udo Buchholz, Kathrin Vogler, Robert Brandt

Kathrin Vogler, Bundestagsabgeordnete der Linken für das Münsterland, überreichte einen großformatigen Scheck an die BBU-Vorstandsmitglieder Udo Buchholz (Gronau), Ursula Weiß (Witten) und Alfred van Dalen (Kamp-Lintfort). Udo Buchholz informierte bei dieser Gelegenheit Kathrin Vogler und Thomas Hudalla, ihr Mitarbeiter im



Wahlkreisbüro, über die jüngsten Entwicklungen rund um die Urananreicherungsanlage: In der neuen Lagerhalle auf dem Anlagengelände sollen 60.000 Tonnen Uranoxid eingelagert werden. Immer häufiger werden Urantransporte beobachtet. Und es ist nach wie vor unbekannt, wem zukünftig die Urananreicherungsanlage gehören wird. Die deutschen Anteilseigner RWE und E.On wollen ihre Anteile am Betreiberkonzern Urenco verkaufen. Robert Brandt, Vorsitzender des Gronauer Stadtverbands der Linken, berichtete ergänzend über den bisher schwersten Unfall in der Urananreicherungsanlage, der sich 2010 ereignet hat.

Erstaunt zeigte sich die Bundestagsabgeordnete über die Polizeipräsenz während der Scheckübergabe an der Urananreicherungsanlage. Nachdem zunächst ein Fahrzeug der Bundespolizei vor Ort war, kamen drei weitere Fahrzeuge der Landespolizei NRW hinzu. Letztlich blockierten die Polizeifahrzeuge die Zufahrt zur Urananreicherungsanlage und zum Firmenparkplatz.

Nach dem Ortstermin versicherte Kathrin Vogler den BBU-Vorstandsmitgliedern, dass sie auch weiterhin den Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage unterstützen werde. Die Abgeordnete, die schon wiederholt in Gronau demonstriert hat, ist selber Mitglied im BBU.

Aus Patzgründen leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 06.11.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/06.11.13.html>.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Ungesicherter Atomtransport in Köln-Mülheim gesichtet / NRW-Koalitionsvertrag gegen Atomtransporte

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) will aufklären, welches Nuklearmaterial ein Zug geladen hatte, der gestern (Mittwoch, 23. Oktober) im Bahnhof Köln-Mülheim gesichtet wurde. Zu diesem Zweck hat der BBU das Innenministerium NRW und das Wirtschaftsministerium NRW angeschrieben, um konkrete Auskünfte zu bekommen.

Der BBU engagiert sich seit vielen Jahren gegen die zahlreichen Atomtransporte, die oft unerkannt mit LKW oder Zügen durch das ganze Bundesgebiet fahren – und international mit Schiffen unterwegs sind. Zudem fordert der Verband aus Sicherheitsgründen zum Schutz der Bevölkerung die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Mit Blick auf die konkrete Situation in Nordrhein-Westfalen fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz: "Laut Koalitionsvertrag lehnt die rot-grüne Landesregierung in NRW sinnlose und gefährliche Atomtransporte quer durch NRW ab. Die Landesregierung muss endlich aktiv werden, damit die gefährlichen Atomtransporte quer durch NRW endlich und dauerhaft ausgebremst werden."

Der Zug mit der Atomfracht wurde am Mittwoch um 14:57 Uhr am Bahnhof Köln-Mühlheim gesichtet. Er durchfuhr den Bahnhof ohne jegliche Sicherheitsbegleitung und ohne sichtbare Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Der

Transportinhalt war mit 70-3321 deklariert. Diese Deklaration kennzeichnet radioaktive Stoffe mit geringer spezifischer Aktivität. Ein Foto des Transports und Informationen zum Anti-Atom-Protest in Köln gibt es im Internet unter <http://www.antiatomkoeln.de>.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 24.10.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/24.10.13.html>.

NRW-Landesregierung sieht hochgefährlichen Urantransporten tatenlos zu / Rheinland-Pfalz informiert Kreise, Kommunen und Feuerwehren



Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern von der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf endlich konsequente Aktivitäten zur Verhinderung der Urantransporte in und durch NRW. Das Aktionsbündnis und der BBU kritisieren, dass die NRW-Landesregierung den zahlreichen hochgefährlichen Urantransporten tatenlos zusieht. Am Dienstag (5.11.) erreichte wieder ein Sonderzug mit Uranhexafluorid die Urananreicherungsanlage in Gronau und auf dem Anlagengelände wurden LKW mit Urancontainern beobachtet.

Obwohl die Gefahren bei Transporten von Uranhexafluorid bekannt sind, werden sie auch vor Rettungskräften geheim gehalten. Nur die Genehmigungsbehörden und die Polizei kennen den Zeitpunkt und die Routen der Transporte. Kommunen, Feuerwehren und weitere Rettungskräfte werden, außer in Rheinland Pfalz, nirgendwo informiert. Wie dann im Falle eines Unfalls schnelle

und richtige Rettungsmaßnahmen möglich sein sollen, ist unklar.

Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass es wenigstens ansatzweise anders geht. Sie hat im letzten Jahr beschlossen, dass die Landkreise, Kommunen und Erstalarmierungsstellen vor Urantransporten über die Route und den Zeitpunkt informiert werden. So sind sie im Falle eines Unfalls dazu in der Lage relativ schnell zu reagieren. "Das ist bei Freisetzungen von Uranhexafluorid auch dringend notwendig. Bei massiven Freisetzungen muss innerhalb von Minuten weiträumig evakuiert werden", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsorganisation „Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen“ vom 06.11.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/06.11.13..pdf>.

Prozesstermin gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Borssele (NL)

Der Raad van State, eine Art oberster Gerichtshof in den Niederlanden, befasste sich am Donnerstag (7. November) mit der Zukunft des niederländischen Atomkraftwerks in Borssele. Das Atomkraftwerk, das eine Betriebsgenehmigung für 40 Jahre hatte, bekam in diesem Jahr die Laufzeitgenehmigung für weitere 20 Jahre (bis 2034). Seitens der niederländischen Anti-Atomkraft-Bewegung wurde gegen die Laufzeitverlängerung Klage eingereicht. Ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland ist auch in den Niederlanden die Atommüll-Entsorgung völlig ungelöst. Zudem werden schwere Unfälle in dem alten Atomkraftwerk befürchtet. Auch aktuell ist das AKW außer Betrieb und wird vermutlich nicht vor Dezember wieder an das Netz gehen.

Mit dem Urteil des Raad van State wird noch vor Weihnachten gerechnet. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt den Widerstand gegen das AKW Borssele. Der Verband hofft, dass der Raad van State die Genehmigung zur Laufzeitverlängerung des AKW Borssele aufhebt. "Ein Unfall im Atomkraftwerk Borssele mit Freisetzungen von Nuklearmaterial hätte auch in der Bundesrepublik Deutschland massive Auswirkungen. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert den sofortigen Atomausstieg - und zwar weltweit. Diese Forderung betrifft auch das AKW Borssele."

Das AKW Borssele ist das letzte kommerzielle Atomkraftwerk in den Niederlanden. Internationale Bedeutung hat in den Niederlanden die Urananreicherungsanlage in Almelo, 30 km westlich der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau. Auch gegen diese Anlagen richtet sich der Protest des BBU.

Leicht aktualisierter Text einer BBU-Pressemitteilung vom 06.11.2013. Ursprünglicher Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/08.11.13.html>.

Gerät Urenco-Verkauf in Schwierigkeiten?

Die britische Zeitung „The Telegraph“ meldet, dass es im niederländischen Parlament wachsende Bedenken gegen eine Privatisierung der Urananreicherungsfirma Urenco gibt. Grund dafür sei die Angst vor einer Weiterverbreitung der militärisch hoch sensiblen Urananreicherungstechnologie. Aus diesem Grund organisiert das niederländische Parlament am 5. Dezember einen „Runden Tisch“ zum Urenco-Verkauf, bei dem es um die Zukunft der Urenco und das Thema nukleare Sicherheit gehen soll. AtomkraftgegnerInnen und Friedensinitiativen sind allerdings anscheinend nicht zum „Runden Tisch“ eingeladen.

Die niederländischen Sorgen haben einen realen Hintergrund: In den 1970er-Jahren hatte der pakistanische Atomwissenschaftler Dr. Khan aus der Urananreicherungsanlage Almelo Blaupausen für den Bau von Urananreicherungs-zentrifugen entwendet und diese für den Bau der pakistanischen Atombomben verwendet.

„Jeder Verkauf von Urenco-Anteilen an Dritte vergrößert das Risiko einer Weiterverbreitung der militärisch bedeutsamen Urananreicherungstechnologie. Diese Technologie, mit der Uran für Atomwaffen hergestellt werden kann, eignet sich in keiner Weise für Börsengeschäfte und Wirtschaftsinteressen,“ so Dirk Seifert von Robin Wood.

Gekürzte Gemeinschafts-Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsorganisationen „Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen“ und „Robin Wood“ vom 12.11.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/12.11.13.pdf>.

Atommüll und kein Ende: Wohin mit dem Schutt des AKW Obrigheim?

(UB) Auch nach der Stilllegung eines AKW sind die Gefahren der Radioaktivität nicht aus der Welt. Sehr anschaulich hat kürzlich der SWR das Thema aufgegriffen. Mehr dazu unter <http://www.swr.de/zur-sache-baden-wuerttemberg/-/id=3477354/sdpgid=861181/nid=3477354/did=12169816/1qd6pgg/index.html>.

Weitere Infos zum AKW Obrigheim gibt es hier: <http://www.atomerbe-obrigheim.de>. Die Initiative Atomerbe Obrigheim ist im BBU organisiert.

Die nächste Atommüllkonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung tagt am 8. Februar. Infos unter http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=61&Itemid=273.

BBMN – immer am Ball

(UB) Das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und viele Leute denken nur noch an den Geschenkerausch. Nicht so der BBMN, eine süddeutsche Mitgliedsgruppe des BBU. Infos über anstehende Veranstaltungen des BBMN findet ihr hier: <http://www.bbm.de>.

Energiepolitik

Bundesweite Energiewende-Demonstration und Umzingelung des Kanzleramtes am 30.11. - Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft gemeinsam mit vielen Verbänden und Initiativen zur Teilnahme an der bundesweiten Energiewende-Demonstration am 30. November in Berlin auf. Die Demonstration steht unter dem Motto "Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!". Zeitnah zur Regierungsbildung soll am 30. November das Kanzleramt umzingelt werden. "Eine ökologisch ausgerichtete Energiewende wird bundesweit und international in den nächsten Jahren stets weit oben auf der Tagesordnung der Politik stehen müssen", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Bei der Auftaktkundgebung auf dem Washingtonplatz beim Berliner Hauptbahnhof wird am 30. November auch Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU zu Wort kommen. Kalusch ist zugleich aktives Mitglied der Bürgerinitiative „STOP Fracking - Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser“. Sein Thema wird die Forderung nach einem Fracking-Verbot sein. Bei der Gasförderung nach dem Fracking-Verfahren handelt es sich um eine unbeherrschbare Risikotechnologie.

Ausführliche Informationen zur Berliner Energiewende-Demonstration (Programm, Anreisemöglichkeiten etc.) findet man im Internet unter <http://www.energiewende-demo.de>.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 21.11.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/21.11.13.html>.

Fracking

Proteste gegen Fracking auch im Bundesgebiet

In mehreren Städten wurde bundesweit am internationalen Aktionstag gegen Fracking demonstriert. Nach Angaben des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatten Bürgerinitiativen in mehreren Bundesländern sowie in Hamburg und Berlin Aktionen angekündigt. Die Proteste richten sich gegen die Risiken, die mit der Gasförderung nach dem Fracking-Verfahren verbunden sind. Zu den Protesten am „GlobalFrackDown-Tag“ hatten Initiativen und Verbände in zahlreichen Ländern mit Schwerpunkten in den USA und in Europa aufgerufen. Aber auch in Indien, Tunesien und Mexiko finden Anti-Fracking-Proteste statt. "Fracking gefährdet die Umwelt und die Menschen. Das löst verständliche Proteste gegen Energiekonzerne in aller Welt aus", so BBU-Pressereferent Udo Buchholz.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 19.10.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202013/19.10.13.html>

Offener Brief: Fracking-Verbot in den Koalitionsvertrag!

Sehr geehrte Frau Kraft, sehr geehrte Frau Aigner, sehr geehrter Herr Altmaier und sehr geehrter Herr Heil, sehr geehrte Mitarbeiter der Arbeitsgruppen!

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen arbeiten Sie in den beiden Arbeitsgruppen, denen die größte Bedeutung für die zukünftige energetische Ausgestaltung unseres gesunden Lebensumfeldes zukommt. Vor dem Hintergrund des Klimawandels obliegt es Ihnen, die Weichen weiter für die vollumfängliche Energiewende zu stellen, um nachhaltig eine Zukunft zu sichern, in der auch unsere Kinder und Kindeskinde noch eine intakte Umwelt und ausreichend Zugriff auf die Ressource Nr. 1 – das Trinkwasser – haben sollen.

Die Energiewende wird nicht von den zur Neige gehenden fossilen Brennstoffen getrieben, sondern vom nicht mehr bestreitbaren Klimawandel. Es ist 1 Minute vor 12 und wenn Sie die katastrophalen Folgen des Weiter-so verhindern wollen, dann müssen Sie alles daran setzen, dass nicht nur der Atomausstieg weiter vorangetrieben wird, sondern auch der sukzessive Ausstieg aus Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken. Methoden zur Energieeinsparung müssen weiter



erforscht und implementiert werden und die Entwicklung der regenerativen Primärenergie Vorrang vor fossilen Energieträgern erhalten, um den Strom-, Wärme- und Mobilitätsbedarf in Deutschland zu decken.

Keinesfalls dürfen unnötig umweltschädliche Methoden herangezogen werden, um den Energiebedarf unseres Industrielandes zu befriedigen. Die Rede ist vom Fracking, der Aufsuchung und Förderung von Erdgas und Erdöl, bei der der Untergrund großflächig mit Hilfe von Wasserdruck oder anderen Mitteln aufgebrochen wird.

Energiepolitisch haben „gefrackte“ Kohlenwasserstoffe keinen Sinn, denn sie würden auch dann, wenn sie im großen Stil gewonnen würden, keinen nennenswerten Beitrag zum zukünftigen Primärenergiebedarf und zur Energiewende leisten.

Aus dem offenen Brief vom 04.11.2013, der an die Koalitionsverhandlungs-Arbeitsgruppen Energie und Wirtschaft sowie an alle Bundestagsabgeordneten versendet wurde. Zudem ging er in den Bundesländern an die Umweltminister und deren StaatssekretärInnen und Landtagsabgeordnete. Vollständiger Text unter

http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/04.11.13_Fracking-Verbot_Offener-Brief_an_die_Koalitionare.pdf

Zuständigkeitsdesaster beim Fracking in Schleswig-Holstein muss Folgen haben – BBU fordert die Landesregierung auf, alle Genehmigungen des LBEG zur Erdgasförderung aufzuheben

Als großen Schritt in der Debatte über die Rechtmäßigkeit von Bergbauberechtigungen in Schleswig-Holstein, die Voraussetzung für die Anwendung von Fracking sind, sieht der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Veröffentlichung eines Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags. Darin wird festgestellt, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) für erteilte und derzeit beantragte Erlaubnisse und Bewilligungen sachlich nicht zuständig ist. Diese fehlende Zuständigkeit hat zur Folge, dass alle vom LBEG erteilten Genehmigungen in Schleswig-Holstein rechtswidrig sind. Nach Auffassung des BBU sind sie wegen der Offensichtlichkeit der Rechtsverletzung sogar nichtig. Der BBU fordert die Landesregierung daher auf, alle vom LBEG erlassenen Verwaltungsakte, die mit der Gasförderung in Zusammenhang stehen können, als nichtig zu erklären bzw. zurückzunehmen.

Mit Befremden sieht der BBU dabei das beschwichtigende Verhalten der Landesregierung und des GRÜNEN Umweltministers Dr. Habeck. Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU erklärt hierzu: „SPD, SSW und GRÜNE sprechen von Formalismus, wenn rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft gesetzt werden. Wenn eine niedersächsische Behörde ohne Rechtsgrundlage über höchst umstrittene Bergbauberechtigungen in Schleswig-Holstein entscheidet, ist das ein Skandal von erheblichem Ausmaß. Die so erteilten Bergbauberechtigungen sind genauso wenig rechtmäßig wie es eine Abrissgenehmigung einer österreichischen Behörde für den Kieler Landtag wäre. Wer dies herunterspielt und sich weiterhin uneingeschränkt hinter die von den Bürgerinitiativen scharf kritisierten LBEG-Genehmigungen stellt, muss sich fragen lassen, welche Position er zu den Strukturen des Rechtsstaats einnimmt.“

Der BBU fordert das Umweltministerium und die Landesregierung auf, sich vom LBEG endgültig zu trennen und eine eigene, kritische Bergbehörde in Schleswig-Holstein aufzubauen. Eine zukünftige Wahrnehmung von Behördenaufgaben durch das LBEG würde den Interessen der Umwelt und der Bevölkerung diametral gegenüberstehen.

Gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 08.11.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/08.11.13.html>.

Geplante Fracking-Regelung im Koalitionsvertrag: Kein Verbot, kein Moratorium, keine Sicherheit für die Umwelt und die Bevölkerung

Nachdem in den letzten Tagen Nachrichten über ein geplantes Fracking-Moratorium der CDU/SPD-Koalition in die Medien lanciert worden waren, besagt der dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vorliegende geplante Text zu Fracking im Koalitionsvertrag etwas völlig anderes. Weder ist ein Verbot vorgesehen, wie es die Bürgerinitiativbewegung gefordert hat, noch fällt der Begriff des Moratoriums. Stattdessen wird wie in der letzten Legislaturperiode auf die Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes und die Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben abgestellt. Damit zeichnet sich ab, dass die neue Koalition die Politik von Altmaier und Rösler aus der letzten Legislaturperiode bruchlos fortsetzt.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Offensichtlich dienen die Informationen aus den Reihen der zukünftigen CDU/SPD-Koalition lediglich dazu, die Öffentlichkeit zu beruhigen und der absehbaren Kritik zuvorzukommen. Denn es musste bereits bei der Formulierung des Textes klar gewesen sein, dass die dort skizzierte Vorgehensweise auf den Widerstand der Umweltbewegung stoßen wird.“

So beendet die Koalition die Fracking-Pläne der Gaskonzerne nicht. Lediglich der „Einsatz umwelttoxischer Substanzen“ beim Fracking wird „abgelehnt“. Zur rechtlichen Umsetzung findet sich im Text nichts. Unklar bleibt zudem, wie beim Vorhandensein giftiger, krebserregender, mutagener, reproduktionstoxischer oder anderer gefährlicher Stoffen nach dem Chemikalienrecht verfahren werden soll. Zu den sonstigen Gefahren wie Erdbeben, der Wanderung von Lagerstättenwasser in Grundwasserreservoirs oder der schlechten Klimabilanz fehlt jedes Wort.

Stattdessen soll der Einstieg in das industrielle Fracking nun über Forschungsbohrungen, das Schließen von Erkenntnislücken und den Aufbau einer Stoffdatenbank erfolgen. Damit wird ein zukünftiges Fracking nicht verboten; es werden lediglich dessen Voraussetzungen geregelt. Sollte die Koalition zu der Ansicht kommen, dass genügend Daten vorliegen, steht dem Fracking nichts mehr entgegen.

Der BBU verlangt, die geplante Koalitionsvereinbarung zum Fracking grundlegend zu ändern. Oliver Kalusch führt dazu aus „Der BBU fordert die Vertreterinnen und Vertreter von CDU und SPD in den Koalitionsverhandlungen auf, endlich dem Willen der Bevölkerung nachzukommen und Fracking ausnahmslos zu verbieten. Erforderlich sind weder

eine UVP noch großangelegte Forschungsprogramme. Notwendig ist stattdessen eine klare Verbotsregelung im Bundes-Berggesetz.“

BBU –Pressemitteilung vom 11.11.2013.

Verkehrspolitik

Fußgänger-Stadtpläne mitgestalten

Sie sind selbst oft zu Fuß unterwegs und wollen dazu beitragen, dass Ihre Stadt fußgängerfreundlicher wird? Dann bitten wir Sie um Mithilfe bei der Verbesserung der "Fußgänger-Stadtpläne", die inzwischen für Berlin, Potsdam, Bremen, Dresden, Hamburg, Leipzig und Hannover erhältlich sind. Geplant sind weitere Stadtpläne für München, Dortmund und Bonn.

Wir suchen Hinweise zu schönen, schnellen und attraktiven Wegeverbindungen für Fußgänger. Wie Sie uns am besten dabei helfen können, steht auf der Website www.fussganger-stadtplaene.de.

Sie sind mehr ein "Hörer-Typ" als ein "Lese-Typ"? Kein Problem, die Fußgänger-Stadtpläne kann man auch hören: Das Programm "NDR 90,3" des Norddeutschen Rundfunks hat einen Beitrag über den Plan für Hamburg gesendet.

<http://www.youtube.com/watch?v=tNeQ-vlKufI>

Quelle: <http://www.fuss-ev.de/aktiv-werden/31-aktiv-werden/aktiv-werden/98-fussgaenger-stadtplaene.html>. Der FUSS e. V. ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Vernetzung: Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung

Vernetzt und engagiert: Anti-Atomkraft-Initiativen und Friedensorganisationen gemeinsam gegen Atomanlagen und Atomwaffen

Mitglieder zahlreicher Anti-Atomkraft-Initiativen und Friedensorganisationen haben sich am Wochenende bei einer Tagung in Duisburg gemeinsam gegen jegliche Nutzung der Atomenergie sowie gegen Produktion, Lagerung und Einsatz von Atombomben und Uranmunition ausgesprochen. Sie wollen sich zukünftig noch enger miteinander vernetzen und gemeinsame Aktivitäten organisieren. Für 2014 wurden schon konkret Aktionen gegen die Atomanlagen in Gronau und Jülich und gegen die Lagerung von Atomwaffen in Büchel auf die Tagesordnung gesetzt. Ein zentrales Aktions-element werden dabei im nächsten Jahr auch wieder Ostermärsche für Frieden und Abrüstung sein.

Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo die Tagung stattfand, ist die Verknüpfung sogenannter ziviler und militärischer Atomtechnik von besonderer Bedeutung: Im westfälischen Gronau befindet sich die einzige deutsche Urananreicherungsanlage. Ebenso wie bei der Urananreicherung im Iran kommen auch in Gronau Zentrifugen zum Einsatz. Mit ihnen kann Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken, aber auch hochgradig zur Atomwaffenproduktion hergestellt werden. Der Widerstand gegen diese Anlage und auch besonders die mit ihr verbundenen militärpolitischen Gefahren zogen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Tagung.

Veranstalter der Tagung in Duisburg waren die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband NRW, und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und der Bertha von Suttner-Stiftung. Joachim Schramm, Geschäftsführer der DFG-VK in NRW und BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz werteten die Tagung als „runde Sache, die Perspektiven für eine weitere Vernetzung eröffnet hat“.

Weitere Informationen über die Arbeit des BBU und der DFG-VK NRW gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> sowie unter <http://nrw.dfg-vk.de>. Kontakt: DFG-VK NRW, Tel. 0231 – 818032; BBU, Tel. 0228 - 214032.

Gekürzte Pressemitteilung von DFG-VK NRW und BBU vom 18.11.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/18.11.13.pdf>.



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 10 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.11.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.